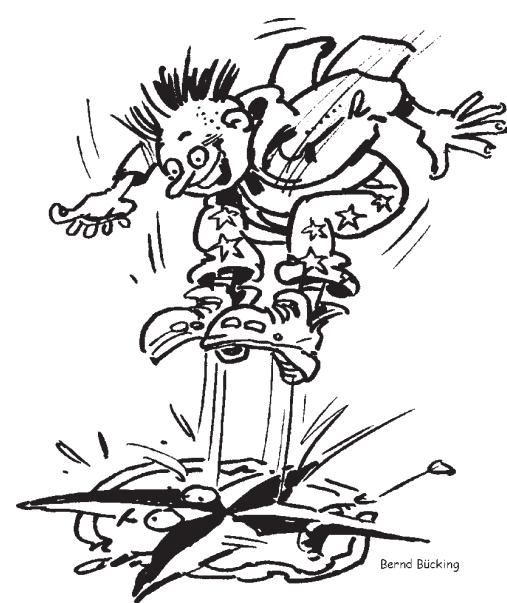


# PROTESTE

GEGEN DIE 1. BIS 4. FEBRUAR  
IN MÜNCHEN 2006

NATO-KRIEGSTAGUNG



## TANZ DER VAMPIRE

In der Schlusszene dieses Roman-Polanski-Films tanzen blutsaugende Untote in historischen Kostümen im prunkvollen Ballsaal einen schaurig-komischen Reigen. Als Vampire sind sie nur daran zu erkennen, dass sie im großen Wandspiegel des Ballsaales unsichtbar bleiben.

Unsichtbar sind auch die Absichten jener Herren, die sich alljährlich zur NATO-Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof treffen, und nicht ganz unähnlich den Polanski-Figuren. Keine Blutspritzer ihrer Bombenopfer auf ihren gut sitzenden Armani-Anzügen. Über die Mikrofone im Saal keine gellenden Schreie der gequälten Folteropfer in den weltweiten US-Verhörgefängnissen. Kein Wehklagen irakischer oder afghanischer Mütter ist zu hören, die mit bloßen Händen ihre toten Kinder aus den Trümmern ihrer bombardierten Häuser graben. Weiße Kragen statt weißer Phosphor. Dort, wo diese „Experten“ für Sicherheit sorgen, sind Leichenberge und Trümmerhaufen das Ergebnis. Der internationale Terrorismus müsse bekämpft werden, es gehe um Sicherheit – sagt man uns.

Aber der Terrorismus ist aus der Rippe einer Welt gemacht, die von dieser Bande aus Kriegsverbrechern, Waffendealern und Sicherheitspolitikern verwüstet wurde. Terrorismus ist ihr Produkt. Ob Al Kaida, Taliban oder UCK in Jugoslawien – kaum eine Terrorgruppe, die nicht von den USA gesponsert wurde. Und heute weiß man, dass US-amerikanische, britische und türkische Geheimdienste in Bombenanschläge verwickelt sind, deren Fernsehbilder uns erschrecken sollen. Nachdem uns beigebracht wurde, dass jeder von uns Deutschland ist, sind wir aber doch froh, dass „wir“ an diesen schrecklichen Dingen nicht beteiligt sind. Oder? Die alte Bundesregierung ist nach dem Motto verfahren: Wir beteiligen uns nicht am Irakkrieg, aber wir tun alles, dass er stattfinden kann. Deshalb ist die Stadt München auch eine höfliche Gastgeberin für diese kriminelle Vereinigung, hier geht's schließlich ums Geschäft, auch wenn es das Geschäft mit dem Massenmord ist.

Sicher, nicht jeder dieser Herren ist ein Kriegsverbrecher, ein Waffenhändler oder ein Stratege für Aggressionskriege. Auch in einer Einbrecherbande mag es welche geben, die den gemeinen Raubmord ablehnen. Das ändert aber nichts am kriminellen Charakter der Bande.

Wenn Sie sich also Anfang Februar wieder über die weiträumigen Polizeiabsperrungen in München ärgern, denken Sie daran: Die haben wirklich allen Grund; die Damen und Herren im Bayerischen Hof haben Polizeischutz wahrlich nötig.

In Polanskis Film scheuen die Vampire das Sonnenlicht, sie agieren nur nachts, weil ein Sonnenstrahl sie vernichten würde. So einfach werden wir diese Herrschaften nicht los. Pfähle, Kreuze und Knoblauch könnten als unerlaubte Bewaffnung polizeilich konfisziert werden. Aber möge die Februarsonne den Weg unserer großen Demonstration ein wenig wärmen.



**Folterherren, Kriegsverbrecher, Waffenhändler:**

## Bereiten wir ihnen einen gebührenden Empfang!

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die NATO-Kriegsstrategen weitgehend unbehelligt von der Öffentlichkeit in München versammeln konnten. Inzwischen müssen sie sich hinter Absperrgittern und Polizeihundertschaften verschanzen, das Tagungshotel „Bayerischer Hof“ wird zur Festung, während auf den Straßen Münchens Tausende Menschen gegen diesen Militärgipfel demonstrieren. Gründe zu Protest und Widerstand gibt es mehr als genug.

Der Literaturnobelpreisträger Harold Pinter sagte bei der Preisverleihung in Stockholm: „Wie viele Menschen muss man töten, bis man sich die Bezeichnung verdient hat, ein Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein?“

Diejenigen, die sich im Bayerischen Hof versammeln, haben Hunderttausende ermorden lassen, mit Clusterbomben und ferngesteuerten Cruise Missiles, mit Uranmunition und Weißem Phosphor, mit Elitekampffraktionen und den Todesschwadronen.

Sie brechen alle Normen des Völkerrechts. Sie führen Eroberungskriege um Macht und Vorrang – vor allem in den Regionen, wo es nach Öl riecht. Sie errichten Besatzungsregimes und erheben sich selbst zum Herrscher über andere Staaten und Bevölkerungen.

Wer sich den Aggressoren widersetzt oder in Verdacht gerät, verschwindet in Foltergefängnissen – in Guantanamo Bay, Abu Ghraib und den vielen geheimen CIA-Gefangenen-Lagern.

Die neue Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel an der Spitze wird sich bei ihrem ersten internationalen Auftritt in München als zuver-

lässiger Kriegspartner präsentieren. Sie wird, wie in den vergangenen Jahren auch, das medienrächtige Forum zu ideologischer Mobilisierung für die Aufrüstungspläne Deutschlands und Europas nutzen oder – wie im Jahr 2004 – Angriffskriege der EU propagieren.

NATO- und EU-Strategen werden ihre Militärplanungen und Kriegsziele untereinander abstimmen, sie werden dem Iran drohen und

unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Koalition der Kriegswilligen zusammenschmieden. „Frieden durch Dialog“ nennen das die Veranstalter. Seit einem Jahr ist diese Losung das offizielle Konferenzmotto. Doch auch dieser Etikettenschwindel macht aus einer Tagung von Kriegsplanern und Rüstungsprofiteuren keine Friedenskonferenz.

Ginge es nach dem Grundgesetz, dürften solche Veranstaltungen, auf denen völkerrechtswidrige Angriffskriege abgesprochen und öffentlich propagiert werden, gar nicht stattfinden. Die Staatsanwaltschaft müsste einschreiten, denn nach Art. 26 GG sind „Handlungen, die geeignet sind, die Führung eines Angriffskriegs vorzubereiten, verfassungswidrig“.

### Angela Merkel: Eigene Interessen durchsetzen mit „freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“

In aller Offenheit propagierte Angela Merkel bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2004 Angriffskriege der EU.

In Anlehnung an die frühere US-Außenministerin Albright sagte sie: Um „Politik und Handeln anderer Nationen zu beeinflussen“ und um „den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen“, müssten wir „alle Mittel

in Betracht ziehen ... von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. Diese „verblüffend einfache Definition“ müsse nicht nur für die US-Politik Gültigkeit haben, „sondern sollte – besser muss – auch Maßstab einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein.“

Laut Paragraph 80 a Strafgesetzbuch ist das „Aufstachelung zum Angriffskrieg“!

# Wir rufen auf

## Für Frieden und Gerechtigkeit weltweit Nein zu Militarisation und Krieg

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das „weltweit wichtigste Treffen von Außenpolitikern und Militärs“ – schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005. Zum 42. Mal treffen sich die Repräsentanten der NATO, um strategische Entscheidungen zu beraten und untereinander abzustimmen.

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtaugung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfinden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: „Frieden durch Dialog“.

Bei der jährlich stattfindenden so genannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung.

Im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten – durch einen kostspieligen Polizeieinsatz vor der Antikriegsbewegung auf Münchens Straßen abgeschirmt.

Da tagen die Außen- und die „Verteidigungs“-Minister, so genannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militär-



strategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegskoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak, in den folgenden Jahren die Besatzungsherrschaft im Irak. Mittlerweile geht es um Iran-Kriegspläne.

**Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich an Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.**

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten, beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Wortlaut der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen.

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisation und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie die Errichtung von „Auffanglagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

**Militarisation nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme im Inneren sind zwei Seiten einer Medaille.**

Allein in Deutschland sollen die Anschaffungen neuer Waffensysteme innerhalb der nächsten 10 Jahre rd. 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und Arbeiterrechten unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben.

Krieg und Sozialkassenschlag bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass. Nur gemeinsam können wir wirksamen Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

**Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest. Wir bestimmen die Mittel unseres Widerstandes selbst. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Vielfalt ist dabei unsere Stärke.**

**Wir erklären den NATO-Strategen: Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen.**

**Die NATO-Kriegstagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand!**

### AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

- Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten
- Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung
- Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
- Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen
- Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage
- No justice No peace – Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

**ErstunterzeichnerInnen:** AG Frieden und Abrüstung beim Bundesvorstand Linkspartei.PDS ■ AG International Dorfen ■ AK International München ■ AnaRKom – Anarchisten/Rätekommunisten ■ Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts, ver.di München ■ „Arbeit Zukunft“ Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands ■ Attac München ■ Augsburger Friedensinitiative – AFI ■ Autofrei leben e.V., München ■ Bayerischer Flüchtlingsrat ■ BürgerInnen gegen den Krieg im Landkreis Ebersberg ■ Deutsche Kommunistische Partei – DKP, Kreisverbände Augsburg, München ■ Deutscher Freidenkerverband München e.V. ■ DFG/VK – Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen ■ DIDF München – Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei ■ Emanzipation Humanum, München ■ FAU – Freie ArbeiterInnen Union, München ■ fortsetzung folgt ■ Free Fresco Academy, Warschau ■ Friedensaktion Palästina im Interkulturellen Forum München ■ Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen ■ Friedensplenum – Antikriegsbündnis, Tübingen ■ GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband München ■ Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen, Stuttgart ■ Haus der Solidarität, München ■ Humanpower „Vehikles“ Deutschland e.V., Ortsgr. München ■ IMI – Informationsstelle Militarisation, Tübingen ■ Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen ■ libertad!süd ■ Linkspartei.PDS München ■ Linkspartei.PDS, Landesvorstand Bayern ■ Linkspartei.PDS, Offene Liste im Stadtrat ■ Links!WASGeht – Landesjugendverband der WASG Bayern ■ Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus ■ Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung – BIFA ■ Münchner Friedensbündnis (Mehrheit) ■ Münchner Gewerkschaftslinken ■ Munich American Peace Committee – MAPC ■ Netzwerk Selbsthilfe e.V. München ■ Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg, München ■ Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München ■ Querkopf e.V. – Berliner Arbeits-Obdachlosen-Mitmachzeitung ■ RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale ■ SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Bundesvorstand ■ SJD – Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, München ■ Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung, München ■ Ver.di Bezirk München ■ VN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der AntifaschistInnen ■ WASG Kreisverband München ■ Zeitung gegen den Krieg – Redaktion (Stand: 22.12.05)

### BUNDESVERWALTUNGSGERICHT:

## Deutsche Kriegsunterstützung „ein völkerrechtswidriges Delikt.“

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem aufsehenerregenden Urteil die deutschen Unterstützungsleistungen für den Krieg gegen den Irak als „völkerrechtswidriges Delikt“ gebrandmarkt. Das Gericht nennt insbesondere die Gewährung von Überflugrechten, die Nutzung von US-Stützpunkten in der Bundesrepublik als Basis und Drehscheibe für die Militäroperationen gegen den Irak, die Unterstützungsleistungen der Bundeswehr, die AWACS-Einsätze und die Bewachung von US-Militäreinrichtungen.

Hätte das Gericht über eine Klage gegen die Bundesregierung zu entscheiden gehabt, dann wären Schröder, Fischer und Struck wegen Völkerrechts- und Verfassungsbruch verurteilt worden. Dies war jedoch nicht Gegenstand des Verfahrens. Es ging in diesem Fall um die Befehlsverweigerung des Bundeswehr-

majors Florian Pfaff. Er hatte sich geweigert, an militärischen Unterstützungsleistungen für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak mitzuarbeiten.

Wörtlich heißt es in dem Urteil: „Objektiver Sinn und Zweck dieser Maßnahmen war, das militärische Vorgehen der USA und Großbritanniens zu erleichtern oder gar zu fördern.“ Und: „Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Delikt ist selbst ein völkerrechtswidriges Delikt.“

Selbstverständlich gebe es keinerlei Beistandsverpflichtungen im Falle eines gegen die UN-Charta verstoßenden Angriffskrieges.

„Die Bundesrepublik Deutschland darf auf ihrem Territorium keine der Konfliktparteien unterstützen ... Der neutrale Staat ist zum aktiven Tätigwerden und damit zum Einschreiten verpflichtet, um die Neutralitätsverletzung zu

beenden.“ Er ist, wenn eine der Kriegsparteien sein Territorium „als Basis für militärische Operationen im weitesten Sinne nutzt, völkerrechtlich gehalten, jede Verletzung seiner Neutralität, wenn nötig mit Gewalt zurück zu weisen.“ Deutschland wäre verpflichtet gewesen, die amerikanischen und britischen Truppen „daran zu hindern, an den Kampfhandlungen teilzunehmen ... und sie, nach Beginn des bewaffneten Konflikts, zu internieren.“

Dass die Bundesregierung aus diesem Urteil die richtigen Konsequenzen zieht, ist selbstverständlich nicht zu erwarten. Die deutsche Unterstützung für die Aggressoren und für ihre illegale Besatzungsherrschaft im Irak wird fortgesetzt. Rund 80 Prozent des Nachschubs für die US-Truppen laufen weiterhin über Deutschland. Immerhin gab das Bundesverwaltungsgericht der Klage von Florian Pfaff völlig recht.



Gleichzeitig bestätigt das Urteil die von der Antikriegsbewegung vertretene Position, dass bei völkerrechtswidrigen Angriffskriegen nicht nur die Verweigerung von Befehlen, sondern auch aktiver Widerstand legitim sind.

# Die EU will Kriege „wagen und gewinnen“

Die selbsternannte „Friedensmacht Europa“ bereitet sich darauf vor, ähnlich wie die USA eigenmächtig Krieg zu führen. Auch nach dem Scheitern des EU-Verfassungsentwurfs werden die Militarisierungspläne weiter vorangetrieben. Auskunft über die Ziele der zukünftigen Militärmacht Europa gibt das „European Defence Paper“, das im Auftrag der EU-Regierung erstellt wurde. In diesem offiziellen Dokument steht: Zweck zukünftiger EU-„Missionen“ sei der „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen“. Die EU müsse „militärische Eskalationsdominanz“ erringen, um auch „Kriege in einem anspruchsvollen Szenario wa-

„Response Forces“ – und die gemeinsame EU-Streitmacht jeweils ein Drittel aller Truppen. Die Bundeswehr ist außerdem der größte Truppensteller bei den von EU und NATO geführten Auslandseinsätzen. Die Kosten dafür liegen bei rund 1,4 Milliarden Euro jährlich.

An vorderster Front kämpft das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK). Zur Ausbildung dieser Elitekampfgruppen der Bundeswehr gehört die gezielte Tötung aus dem Hinterhalt, die „assassination“ gegnerischer Kräfte, was in Eng-

pen- und Waffennachschub für das gesamte Bundeswehr-Kontingent in Afghanistan.

## Kooperation mit Folterspezialisten

CIA-Flüge über Deutschland mit Zwischenstopp in Ramstein und Frankfurt, illegale Gefängnisse, Verschleppungen und Folter – die Bundesregierung ist nicht nur Mitwisser, sondern auch Mitspieler.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dieter Wüfelpiez hat bisher wohl am klarsten die Haltung der Bundesregierung (der alten wie der neuen) auf den Punkt gebracht: „Was die Amerikaner auf ihren Air Bases machen, ist ganz weitgehend ihre Sache.“



gen und gewinnen zu können.“ – Und unter „anspruchsvoll“ verstehen die Militärplaner Kriege „von der gleichen, sogar einer größeren Dimension wie der Golfkrieg 1990-1991“. Deshalb sei „die Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Interventions- und Expeditionskriegszüge eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie.“

Bis zum Jahr 2010, so das „Planziel“, soll die globale Interventionsfähigkeit erreicht werden. Im Zentrum der Anstrengungen stehen Milliarden-Rüstungsprogramme, um die EU-Streitkräfte in einem Radius von 6.000 Kilometern kriegseinsatzfähig zu machen: Flugzeugträger und neue Schlachtschiffe, der Eurofighter, Großraum-Militärtransporter und Kampfhubschrauber, Marschflugkörper, Militärsatelliten- und Navigationssysteme.

Die Speerspitze in den zukünftigen Interventionskriegen bilden die sogenannten „battle groups“. Diese EU-„Schlachtgruppen“ sollen innerhalb von zehn Tagen weltweit einsetzbar sein. Aufgabe der EU-„Blitzkrieger“ ist es, das Einsatzumfeld für die nachfolgenden Truppenverbände frei zu schießen. Die Bundeswehr stellt Truppenkontingente für sechs der insgesamt dreizehn „battle groups“. Noch fehlt es an Flugzeugen und Schiffen, um Truppen und Material über weite Strecken zum Einsatz zu bringen, doch die ersten „battle groups“ stehen schon bereit. Am 21. November 2005 meldeten die EU-Militärminister Einsatzbereitschaft.

## An vorderster Front: Die Bundeswehr

Wenn es ums Militärische geht, lässt sich keine deutsche Regierung lumpen. Deutschland ist seit jeher die treibende Kraft bei der sogenannten „Transformation“ der eigenen und der EU-Streitkräfte von Landesverteidigungs- zu weltweit einsetzbaren Interventionstruppen. Neben den „battle groups“ stellt Deutschland für die schnelle Eingreiftruppe der NATO – die

„Ermordung“ oder „Meuchelmord“ übersetzt wird. Niemand erfährt etwas über die streng geheimen Einsätze dieser „Killertruppe“. Gefangene werden bei ihren Einsätzen offensichtlich nicht gemacht, oder sie werden den US-Truppen und ihren Verhörspezialisten übergeben. Die Bundesregierung handelt nach der Devise: Der Kriegs-Zweck heiligt die Mittel.

## Komplizenschaft mit Diktaturen

Um in Zentralasien Fuß zu fassen, pflegt die Bundesregierung enge Beziehungen zur weltweit bekannten und berüchtigten Militärdiktatur in Usbekistan. Aufgrund schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen hat sogar die EU ein Waffenembargo gegen das Regime in Taschkent verhängt. Deutschland unterhält dort jedoch – nahe an der Grenze zu Afghanistan – als einziger NATO-Staat den Luftwaffenstützpunkt „Termez“. Knapp 10 Millionen Euro wurden bereits in diese deutsche Militärbasis investiert, – und für die Nutzungsrechte fließen jährlich weitere Millionen an den usbekischen Diktator. Über Termez läuft der gesamte Trup-

pen- und Waffennachschub für das gesamte Bundeswehr-Kontingent in Afghanistan.

Deutschland übe keinerlei Kontrolle aus, „wer da an Bord ist, und was die Ladung ist“, sagte er. „Das ist von uns auch so gewollt.“ (Spiegel Online, 25.11.2005).

US-Militär und US-Geheimdienste haben demnach in Deutschland freie Hand. Deutsche Behörden mischen sich da nicht ein. Sie profitieren. Unbestritten ist heute, dass von den USA verschleppte Gefangene in Guantanamo und in den Foltergefängnissen Syriens und Afghanistans von BND- und BKA-Leuten verhört wurden. Deutsche und US-Geheimdienste arbeiten auf diesem Gebiet engstens zusammen.

Damit nichts davon an die Öffentlichkeit dringt, wird den USA von seiten der Bundesregierung strengste Geheimhaltung zugesichert. Die Wahrheit verschwindet hinter einer Nebelwand von Ausreden, während die Geheimdienste ihre illegalen Praktiken ungehindert fortsetzen.

## Nächstes Kriegsziel: Iran?

Nachdem im Januar 2005 der US-Journalist Seymour Hersh enthüllt hatte, dass US-Spezialkommandos im Iran Ziele für mögliche Bombenangriffe auskundschaften, werden die Vorbereitungen für US-Militärschläge immer konkreter: Im Oktober 2005 – noch vor den ersten öffentlich wahrgenommenen anti-israelischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad – trafen sich US-Unterhändler mit Vertretern der großen westlichen Industrienationen und vereinbarten Stützungsmaßnahmen für Börsen- und Währungskurse, die im Falle eines Krieges gegen Iran und/oder Syrien ergriffen wer-

den sollen. Ziel des Treffens war, frühzeitig Vorbereitungen zu treffen, damit die internationalen Finanzmärkte im Falle eines Angriffes nicht ins Trudeln kommen sowie den US-Dollar davor zu bewahren, seine Funktion als Öl-Leitwährung zu verlieren. In der zweiten Dezemberhälfte 2005 reisten im Abstand weniger Tage die Chefs des FBI und der CIA, dann der NATO-Generalsekretär Hoop-Scheffer und schließlich Condoleezza Rice in die Türkei. In den Gesprächen ging es nach Informationen der Nachrichtenagentur DDP um die bevorstehenden Luftangriffe gegen den Iran. Auch die Regierungen

## VERANSTALTUNGEN IM JANUAR 2006

9. und 31. Januar 2006, 20<sup>00</sup> Uhr

Theater im Marstall, Marstallplatz

### „Genua 01“ von Fausto Paravidino

Dokumentarisches Theater zum blutigen G8-Gipfel im Juli 2001

Ein bitterböses Spiel – bis hin zur Erschießung von Carlo Giuliani durch einen Carabinieri.

Donnerstag, 19. Jan. 2006, 18<sup>30</sup> Uhr

im Maxim, Landshuter Allee 33

„Der längere Atem“ – Dokumentarfilm zur Wiederaufrüstung der BRD (1946-1955) mit ansl. Diskussion. Der Regisseur ist anwesend.

Veranstalter: fortsetzung folgt

Freitag, 20. Jan. 06, 19 Uhr, gr. Saal

EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80

### Neue Drohungen – Neue Kriege

Referenten: Tobias Pflüger (Mitglied in der Linksfraktion im EU-Parlament) und Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisation Tübingen). Die beiden Referenten beleuchten die Rolle Deutschlands und der EU in den neuen Weltordnungskriegen.

Veranstalter: Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

Mittwoch, 25. Januar 2006, 19<sup>00</sup> Uhr

EineWeltHaus, großer Saal

Zustand der Welt – Gegen-Perspektiven mit dem Buchautor Karl-Heinz Roth

Veranstalter: fortsetzung folgt

Donnerstag, 26. Jan. 2006, 19<sup>00</sup> Uhr

EineWeltHaus, Raum 211/12

### Krieg gegen Iran?

Clemens Ronnefeld (Internationaler Versöhnungsbund) analysiert den Konflikt und gibt einen aktuellen Erfahrungsbericht von seiner Iran-Reise im Dezember 2005.

Veranstalter: Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, Münchner Friedensbündnis und Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München

Freitag, 27. Januar 2006, 20<sup>00</sup> Uhr

Orange House (Feierwerk), Hansastr.

„Fight capitalist War – Fight capitalist Peace“ mit Katja Diefenbach, anschließend Konzert mit Raggabund & ChaosOne. Verant.: aki

Dienstag, 31. Januar 2006, 19<sup>00</sup> Uhr

EineWeltHaus, großer Saal

### NATO: mittendrin

Die NATO und die neue EU-Militärmacht – Partner und Rivalen

mit Rainer Rupp, junge welt-Autor

Veranstalter: Freidenkerverband München e.V. und junge-welt-Leserinitiative München

## GEGENKONFERENZEN ZUR NATO-KRIEGSTAGUNG

WAS HEISST HIER SICHERHEIT?

### ALTERNATIVENKONFERENZ

Mit: **Tobias Pflüger**, Mitglied Linksfraktion im europäischen Parlament; **Prof. Dr. Ernst Voit**, Oberst a.D. Dredener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.; **Florian Pfaff**, Angriffskriegs-Verweigerer; **Claudia Haydt**, Informationsstelle Militarisierung Tübingen; **Dr. Arne Seifert**, Botschafter a.D., Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V.; **Prof. Dr. Werner Ruf**, Politologe und Friedensforscher, Uni Kassel; **Erhard Crome**, Politikwissenschaftler, Rosa-Luxemburg-Stiftung; **Dr. Peter Strutynski**, Politikwissenschaftler, AG Friedensforschung, Universität Kassel; **Rainer Braun**, Naturw.-Initiative; u.a.

**MI, 1. FEBRUAR 2006**

### ÖFFENTLICHE PODIUMSDISKUSSION 19<sup>00</sup> UHR, EINWELTHAUS

Schwanthalerstraße 80, Nähe U-Bf Theresienwiese

**DO, 2. FEBRUAR 2006**

### EXPERTENTAGUNG 9<sup>30</sup> - 18<sup>00</sup> UHR, DGB-HAUS

Schwanthalerstraße 64, Nähe U-Bf Theresienwiese

Forum I: **Militarisierung der EU und die NATO: Militarisierung auch ohne Verfassungsvertrag**

Forum II: **Bundeswehr – Vom Verfassungsauftrag zum weltweiten Interventionismus**

Forum III: **Konfliktursachen zivil begegnen**

Forum IV: **Grundzüge einer alternativen europäischen Sicherheitsarchitektur**

Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag; DFG/VK München; attac München; Münchner Friedensbündnis; Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus; Militärs für den Frieden/Griechenland; Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik

Unterstützt von Rosa Luxemburg Stiftung u. ver.di, Bez. München

Weitere aktuelle Informationen: [www.attac-muenchen.de](http://www.attac-muenchen.de) – [www.muenchner-friedensbuendnis.de](http://www.muenchner-friedensbuendnis.de) – [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

### INTERNATIONALE FRIEDENSKONFERENZ

Schirmherr: **Prof. Hans-Peter Dürr**

**FR, 3. FEBRUAR 2006**

### 19<sup>30</sup> IM ALTEN RATHAUS

**Friedensprozesse – Erfahrungen und Hoffnungen**  
Einführung: **Clemens Ronnefeldt** (Versöhnungsbund)

Beendigung des Bürgerkrieges in Mozambique:  
**Dieter Wendelein**, Sant Egidio

Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit im Kaukasus:  
**Roswitha Jarman**, London

Basisbewegungen zwischen Staat, Warlords u. internationalen Konzernen: **Emanuel Matondo** (Angola)

Ausblick: Positionen d. Friedensbewegung, Folgerungen

**SA, 4. FEBRUAR 2006**

### 9<sup>30</sup>-12<sup>00</sup> EWH / DGB-HAUS

### DISKUSSIONSFÖREN UND WORKSHOPS

zur Vertiefung der Themen vom Vorabend

### 19<sup>00</sup> DGB-HAUS, GR. SAAL PODIUMSDISKUSSION

**Wie ist der Krieg gegen den Iran abwendbar?**

mit **Prof. Mohssen Massarrat**, **Dr. Kathayoum Amirpour** und **Andreas Zumach**

Veranstalter: attac München; Münchner Friedensbündnis und Münchner Friedensbüro e.V.; DFG-VK Landesverband Bayern; Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.; Pax Christi München; NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit; Kreisjugendring München  
Aktuelle Informationen: [www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info)

# AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

VERANSTALTUNGEN – GEGENKONFERENZEN – DEMOS – KUNDGEBUNGEN

**MITTWOCH, 1. / DONNERSTAG, 2. FEBRUAR 2006**

**ALTERNATIVENKONFERENZ EINWELTHAUS / DGB-HAUS**  
(siehe linke Spalte oben)

**DO, 2. FEBRUAR 2006 - SO, 5. FEBRUAR 2006**

**CONVERGENCE-CENTER IM TRÖPFERLBAD THALKIRCHNER STR. 104**  
DO: 16<sup>00</sup> - 1<sup>00</sup> Offene Fahrradwerkstatt, Transpis Malen & Basteln – 20<sup>00</sup> Infoveranstaltung RoteHilfe/EA

**FREITAG, 3. FEBRUAR 2006 – ABENDS**

**17<sup>00</sup> UHR PROTESTKUNDGEBUNG AM MARIENPLATZ**

**18<sup>00</sup> UHR FAHRRADDEMO ZUM PRINZREGENTENPLATZ**  
**19<sup>30</sup> UHR ANTIKAPITALISTISCHER ABENDSPAZIERGANG**

**19<sup>30</sup> UHR INTERNATIONALE FRIEDENSKONFERENZ  
IM ALTEN RATHAUS** (siehe linke Spalte unten)

**SAMSTAG, 4. FEBRUAR 2006 – MITTAGS**

## GROSSDEMONSTRATION

GEGEN DAS TREFFEN DER NATO-KRIEGSSTRATEGEN IM BAYERISCHEN HOF

**12<sup>00</sup> UHR AUFTAKT AM LENBACHPLATZ**

**15<sup>00</sup> UHR SCHLUSSKUNDGEBUNG MARIENPLATZ  
MIT „GASPARAZZO“ AUS DER REGGIO EMILIA**

**SAMSTAG, 4. FEBRUAR 2006 – ABENDS**

**19<sup>00</sup> UHR VERANSTALTUNG KRIEG GEGEN DEN IRAN?  
IM GEWERKSCHAFTSHAUS, SCHWANTHALERSTRASSE 64**

**19<sup>30</sup> UHR fight them warriors** GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ  
**KULTUR-FESTIVAL** IM FEIERWERK HANSASTRASSE 39-41  
**AB 18<sup>00</sup> UHR VOKÜ IN DER KRANHALLE** **LIVE-ACTS IN 3 HALLEN**  
INDIE, REGGAE, RAP & ELEKTRO  
EINTRITT: **7.- Euro**

### BETTENBÖRSE

Angebote bitte möglichst frühzeitig an: [pennplatz@no-nato.de](mailto:pennplatz@no-nato.de)

Schlafplatz-Vermittlung am Freitag, 3. Februar, von 17<sup>00</sup> bis 22<sup>00</sup> Uhr  
KommTreff, Lothringer Straße 6 (Haidhausen) Telefon: 089 - 448 22 71

### IM FALLE DES FALLES

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS **089 - 448 96 38**

Der EA kümmert sich um juristischen Beistand – Bitte informieren bei beobachteten Polizeiübergriffen oder Festnahmen während der Siko

Info: [www.no-nato.de](http://www.no-nato.de) · [www.muenchner-friedensbuendnis.de](http://www.muenchner-friedensbuendnis.de)  
[www.attac-muenchen.de](http://www.attac-muenchen.de) · [www.gegen-krieg-und-rassismus.de](http://www.gegen-krieg-und-rassismus.de)

Friedensbüro, Isabellastr. 6, 80798 Mchn., Fax: 089 - 271 59 17, [GegenKriegEMail@aol.com](mailto:GegenKriegEMail@aol.com)  
Redaktion: Wolfgang Blaschka, Franz Iberl, Claus Schreer, Sarah Seeßlen & Jan Tepperries  
**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ**

Fotos: Arbeiterfotografie und A. Bock, Titelfoto [M] Andreas Bock, Karikaturen: Bernd Bücking, Gestaltung: Wob  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Druck: Union Druckerei Berlin GmbH

### SPENDEN

Unsere Protestaktionen kosten einiges, auch an Geld. Neben den vielen ehrenamtlichen Arbeiten wie Plakate kleben oder Flugblätter verteilen gibt es Sach- und Dienstleistungen, die bezahlt werden müssen. – Spendet also großzügig!

Konto: **Martin Löwenberg**  
Konto-Nr.: **28264802**  
Postbank München **BLZ: 700 100 80**  
Stichwort: „no-nato“

